

## BUCHBESPRECHUNG

# Im Visier – Südostasiens „vergessene“ Kriege

Reichlich eineinhalb Dekaden sind verstrichen, da sich auch auf den Straßen der Bundesrepublik und West-Berlins das Interesse an der Region Südostasien im griffig skandierten „Ho-Ho-Ho-Chi-Minh“ artikuliert. Mit diesem „Schlachtruf“ hatte die breite antiimperialistische Solidaritätsbewegung ihre Sympathien mit den um Unabhängigkeit und Selbstbestimmung ringenden Völkern Vietnams, Laos' und Kambodscheas bekundet und die US-amerikanische Kriegsführung verurteilt. Der antizipierte „Sieg im Volkskrieg“, so die von den Opfern und Kritikern dieser grausamen Aggression gleichermaßen genährte Hoffnung, werde den Menschen dauerhaften Frieden, Prosperität und eine gedeihliche Entwicklung zum Besseren – sprich: sozialistischen Verhältnissen – bescheren. Doch die List der Geschichte zeigte sich einmal mehr von ihrer unbarmherzigsten Seite; von diesen Idealvorstellungen ist Indochina – vielleicht mit Ausnahme von Laos – mindestens so weit entfernt wie Mitte der 70er Jahre. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des mittlerweile wiedervereinigten Vietnam, sein – gelinde ausgedrückt – „getrübt“ Verhältnis zum Nachbarn Kambodscha und die relativierte „ewige Freundschaft und Waffenbrüderschaft“ mit der VR China haben den noch immer am „Vietnam-Trauma“ laborierenden gewichtigen politischen Kräften (nicht zuletzt der Filmindustrie) in den USA unverhofft Stoff für nachträgliche Legitimationsversuche geliefert. Der Boom an Vietnam-Filmen, so sie über die vordergründige Bewältigung psychischer Deformationen einzelner GIs hinausgehen, vermittelt teils ex-, durchgängig aber implizit die mediale Message: Im Vergleich zum mörderischen Fiasko der Post-Unabhängigkeitsära nahm sich unser (das amerikanische) Engagement nachgerade nobel aus! Eine solche imperiale Selbstabsolution vollzieht sich im Gleichschritt mit selektivem (Ver-)Schweigen; sofern Geschichte nicht im Sinne der eigenen Aufwertung/Entlastung rezipiert wird, bleibt sie unerzählt, im wabernden Dunkel.

Nicht anders wurde und wird im Falle der Philippinen verfahren – dem nach Vietnam herausragenden (Medien-) Ereignis. Langjährig war eine sich funktional gegenüber ausländischen Interessen verhaltende Diktatur gestützt worden

(unvergessen George Bushs Laudatio auf Marcos, in der er diesem anlässlich der Proklamation der „Neuen Republik“ im Juni 1981 attestierte, stets „die demokratischen Prinzipien und demokratischen Prozesse gewahrt“ zu haben!), um sie – nunmehr als Beweis demokratischen Engagements – im Orkus verschwinden zu lassen, da eine sich über ihre ungebrochene Existenz vermittelte gesellschaftliche Polarisierung als zu riskoreich erwies. Der Machtwechsel von Marcos zu „Cory“ Aquino diente aus dieser Perspektive als bereits erfolgreich abgeschlossene Rekonstruktion demokratischer Verhältnisse, die es obsolet erscheinen ließen, des 3. Jahrestages der seinerzeit so pompös zelebrierten „People Power“ überhaupt – geschweige denn kritisch – zu gedenken.

Die weniger spektakulären Emanzipationsbestrebungen der Völker/Minderheiten in der Region umfassend ins Blickfeld zu rücken und die vielfältigen Wurzeln ihres (auch bewaffneten) Protests und Widerstands bloßzulegen, stellt deshalb an sich ein löbliches Unterfangen dar. Eine der Organisationen, die sich diesen Themen „vor Ort“ bereits seit dem Sommer 1968 durch kontinuierliches Publizieren von Recherchen und Studien verpflichtet fühlt, ist sicherlich das in Singapur ansässige Institute of Southeast Asian Studies (ISEAS). Als Resultat einer im ISEAS intensiv geführten Debatte über die Notwendigkeit, sicherheitspolitisch und militärstrategisch relevante, globale Konzepte mit solchen über spezifisch regionale Belange zu verknüpfen und deren (vornehmlich von der Exper-



Muslim-Mädchen lernen in einer MNLF-Schule auf Solo (Philippinen) Arabisch



aus: AW v. 18.3.1988

tise südostasiatischer „Scholars“ bereicherter) Forschungsergebnisse „nicht nur den Regierungen und Militärs, sondern auch der akademischen Gemeinschaft, Massenmedien und, sofern möglich, der Geschäfts- und Handelswelt“ zugänglich zu machen, entstand das u.a. von den Ford- und Rockefeller-Stiftungen finanziell unterstützte und dem ISEAS angegliederte Regional Strategic Studies Programm (RSSP). Dem von ISEAS-Direktor, Prof. Kernial S. Sandhu, formulierten Anliegen, das RSSP möge allgemein dazu beitragen, „die Öffentlichkeit über die Sicherheitsaspekte in der Region durch Diskussionen/Seminare und Veröffentlichungen zu informieren“ (viii), entsprach das Institut bereits u.a. durch die Publizierung des Bandes „Armed Communist Movements in Southeast Asia“ (liegt den SOA-Informationen gleichfalls vor; d. Red.). Ihm ordnet sich ergänzend das Opus

**Armed Separatism in Southeast Asia. Hrsg. v. Lim Joo-Jock u. Vani S. Singapur (RSSP/ISEAS) 1984. 270 pp.**

zu, das in sechs Kapiteln (einschließlich einer umfassenden Einführung und Abschlusdiskussion) die Genese und Ausdrucksformen des bewaffneten Separatismus in Burma, Indonesien, den Philippinen und Thailand analysiert. Da die Nationalstaaten Südostasiens ihren Untertanen nach wie vor hohe Tribute abverlangen und sich der Druck auf deren Sitten und Gebräuche im Falle von Opposition mit exponentiell wachsender Gewalt verstärkt, sei nicht, so hebt Ruth McVey (School of Oriental and African Studies/London) in ihrer Einführung hervor, das Warum bewaffneten Separatismus, sondern vielmehr die Frage entscheidend: Warum gibt es eigentlich nicht mehr davon? In der Tat: eine auf den ersten Blick spannende wie provozierende Fragestellung, die sich indes nach der Gesamtlektüre als allenfalls suggestiv herausstellt.

Methodisch adäquater und analytisch präziser hätte eigentlich die Ausgangsfrage lauten müssen, was denn die konstitutiven Merkmale und Bedingungen für den bis heute virulenten, überaus facettenreichen (aus politischen, wirtschaftlichen, religiösen und ethnischen Motiven gespeisten) Widerstand sind und mittels welcher in- wie externer Faktoren es den herrschenden Eliten/Mächten bislang immer wieder gelingen konnte, ihn mit mehr oder minder großem Erfolg zu unterdrücken? Innerhalb eines solchen kategorialen Rahmens wären z.B. die historischen Formierungsprozesse des Eatismus, die je landesspezifische Herausbildung/Ausprägung seiner Stützen (Staatsbürokratie, Kompradoren etc.) und die theoretische Diskussion des Konstrukts „separatism“ in ihrem Wechselspiel weitaus klarer bestimmbar gewesen. Anders formuliert: Zur umfassenden (Er-) Klärung des Phänomens „separatism“ hätte sich als zentrale Frage geradezu aufgedrängt, was denn für den Prozeß der (vor-) staatlichen Zentralisierung von Herrschaft verantwortlich war und wodurch sich wesensmäßig der Staatsapparat – und die ihn auszeichnenden Kräfte – beispielsweise im (niemals kolonialiserten) Thailand von jenem in den (jahrhundertlang kolonial durchdrungenen) Philippinen unterschied bzw. unterscheidet? Die Aufarbeitung solcher Fragen hätte in einem folgenden Schritt möglicherweise über die Charakterisierung des Umgangs mit ethnischen und anderen Minderheiten und den Grad ausländischer Intervention(sfähigkeit) hinaus die „separatistische“ Dimension

ungleich schärfer erschlossen, wie denn auch diese (von dem Sonderfall Burma abgesehen) sich in keinem der behandelten Fallbeispiele ursächlich als solche äußerten. Last not least ist selbst die Terminologie bezeichnend, wenn nicht gar verräterisch; „bewaffneter Separatismus“ setzt, obgleich die Studie des öfteren den weitergehenden Begriff „Sezession“ insinuiert, per se die (Be-)Wahrung zentralstaatlicher Instanzen voraus und neigt dazu, die oft legitimen sozialen und politischen Anliegen der „Separatisten“ gegenüber den weit häufigeren illegitimen Herrschaftsansprüchen regierender Eliten herabzusetzen. Vor diesem Hintergrund sind die Beiträge dieses Sammelbandes, der zutreffend mit „State Responses of Selected Asian Countries vis-à-vis Armed Resistance“ betitelt worden wäre, zu lesen und zu bewerten.

Nicht zuletzt aufgrund der xenophobischen Politik der seit 1962 amtierenden (Militär-) Machthaber in Rangun präsentiert sich der Burmablock als überaus faktenreich und informativ. Das betrifft einerseits die im Kalkül des jeweiligen außenpolitischen Kurses der VR China eingeordnete Politik der seit 1948 im Untergrund operierenden Burmese Communist Party (BCP) – respektive deren kurzweilige oder längerwährende Liaison mit den bewaffneten Widerstandsgruppen der Akha, Lisu, Lahu, Wa, Kachin und Shan (94 ff.) – und zum anderen die im Laufe der Geschichte stark modifizierte Minderheitenpolitik Ranguns. Vor allem in der Prä-Unabhängigkeitsphase hatte die von der herausragenden Persönlichkeit Aung San geführte Antifaschistische Volksfreiheitsliga (AFPFL; gegr. 1944) das Recht der Minderheiten auf Wahrung ihrer politischen Unabhängigkeit und kulturellen Identität ausdrücklich hervorgehoben. Programmatisch spiegelte sich das in dem Panglong-Abkommen (1947) wider, durch das u.a. den Shan und Kayah das Recht auf Loslösung von Burma und den Kachin die Bildung eines Separatstaates innerhalb Burmas eingestanden worden war, sowie in den Erklärungen Aung Sans selbst. Dieser hatte schon in seinem 1946 erschienenen Buch „Burma's Challenge“ geschrieben: „Jetzt, da wir uns anschicken, unser neues Burma aufzubauen, stellt sich die Frage: Schaffen wir es als eine Union oder als einen Einheitsstaat? Ich glaube, daß ein Einheitsstaat keinen Bestand haben wird. Stattdessen müssen wir eine Union bilden, deren genau festgelegte Bestimmungen die Rechte der nationalen Minderheiten sichern. Doch sollten wir darauf achten, gemeinsam zu marschieren und





nicht gemeinsam unterzugehen“. Nachgerade prophetische Worte, an die sich mancher alte Weggenosse Aung Sans im vergangenen Sommer und Herbst, auf dem Höhepunkt des landesweiten Volksaufstandes, neuerlich und dramatisch erinnern dürften. Schließlich wird verdeutlicht, wie der Opiumanbau und -handel unter den Bedingungen des seit einem Vierteljahrhundert währenden staatssozialistischen Militärterrors der Burma Socialist Programme Party für politische (und Überlebens-) Zwecke instrumentalisiert wurden und werden.

Auffällig nur, daß mit David I. Steinberg und Jon A. Wiart zwei – sicherlich kompetente – ausländische Landeskenner den gesamten Burmateil bestreiten. Beide Autoren sind Beamte der amerikanischen Regierung – der eine gehört der U.S. Agency for International Development an und der andere ist Mitarbeiter des als „think tank“ des State Department geltenden Bureau of Intelligence and Research. Wie verträgt sich diese Wahl mit dem vom ISEAS emphatisch betonten und geforderten Rückgriff auf die eigenen Ressourcen? Sollten hier vielleicht burmesische Expertisen, die es zweifellos gibt, einem akademischen Mäzenatentum seitens der Ford- und Rockefeller-Stiftung geopfert worden sein?

In keinem Land Südostasiens ist die geographische Fragmentierung, ethnische Heterogenität und kulturell-linguistische Vielfalt so ausgeprägt wie in Indonesien. „Einheit in der Vielfalt“ schien sich denn auch nach der Unabhängigkeitserklärung des Inselstaates (1945) legitimatorisch vorzüglich zu eignen, das von den Niederlanden übernommene Kolonialerbe beisammenzuhalten. Das glückte über weite Strecken mehr schlecht als recht: von der Darul-Islam-Erhebung in Westjava (1947) über die kurzlebige Republik der Süd-molukken (RMS) im Jahre 1950, die Rebellion in Aceh (1953), die 1958er Revolte in Sumatra und Nordsulawesi bis zur Formierung des bewaffneten Widerstandes der Organisation Freies Papua (OPM; 1963) und der Bewegung Freies Aceh (GAM; 1976) spannte sich ein weiter Bogen zentrifugaler Kräfte, die einerseits auf die jeweiligen Regionen zielten oder – wie im Falle der beiden letztgenannten Beispiele – die Unabhängigkeit von Indonesien avisierten.

Daß all diesen Protestbewegungen als einendes Element die Kritik am bzw. Überwindung des „javanischen Hegemonismus“ Jakartas zugrundelag, wird

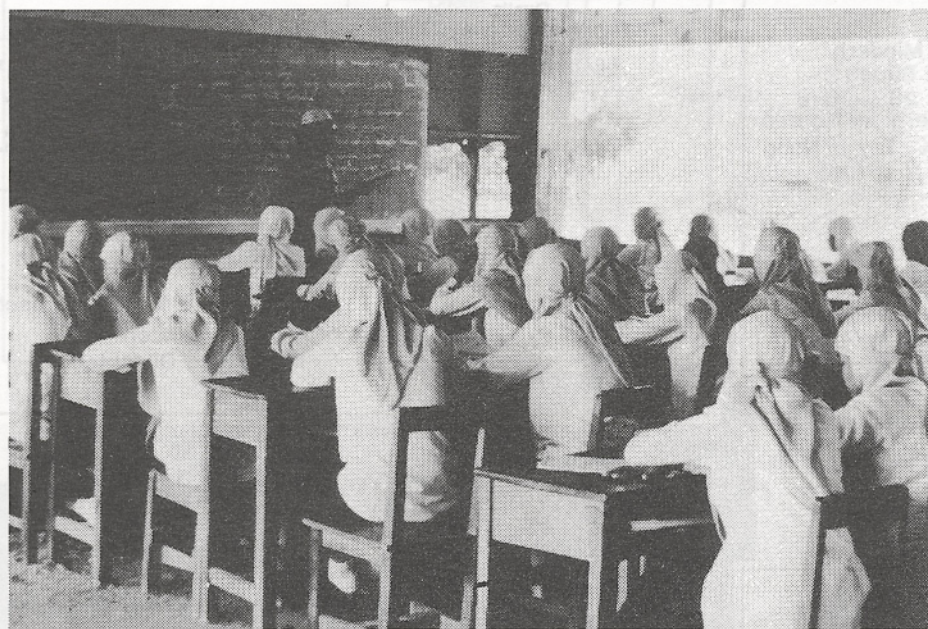
in den Beiträgen mehrfach hervorgehoben. Unklar bleibt indes, wie sich die javazentrierte Politik historisch begründete und was die qualitativen Unterschiede zwischen der Sukarno-Ära und jener Suhartos markiert. Wenn es denn zutrifft, daß der Islam bzw. muslimische Widerstand die ernsthafteste Herausforderung an den javanischen Zentralismus bildet, dann wäre doch eine eingehende Untersuchung der Frage vonnöten gewesen, warum aus diesem Spektrum heute kein nennenswertes „Bedrohungspotential“ erwächst, sich stattdessen die geballte Macht des indonesischen Staatsterrors gegen die vermeintlichen Überreste der säkularen Kommunistischen Partei (PKI), einst die mitgliederstärkste KP außerhalb des sozialistischen Lagers, richtet, deren „Spuk“ vor zwei Jahrzehnten doch in einem wahren Blutausch ertränkt worden ist!

Wie sehr einer verabsolutierten Staatsräson und der nationalen Sicherheitsdoktrin Autonomiebelange und demokratische Bestrebungen (z.B. Westpapua und Osttimor) untergeordnet werden und sich zwischenstaatliches Einvernehmen kongenial ergänzt, beleuchtet der Journalist Peter Hastings in seinem Beitrag über das Verhältnis der regionalen „Ordnungsmacht“ Indonesien zu seinem erst im Herbst 1975 unabhängig gewordenen östlichen Anrainer Papua-Neuguinea (129 ff.).

Für die Moros im Süden der Philippinen blieben die ursprünglichen Erfahrungen mit der kolonialen Außenwelt (Spanien, die USA und Japan) – gewaltsame Pazifizierung, kulturelle Erniedrigungen, wirtschaftliche Plünderung und soziale Vernachlässigung – auch nach der Unabhängigkeit der Republik der Philippinen im Sommer 1946 prägend. Fortan allerdings mit dem Unterschied, daß sich eine (vorwiegend christliche) nordphilippinische Elite als Scharnier zur Aufrechterhaltung des nach wie vor bestimmenden US-Einflusses empfahl und die als Pendant zum „Wilden Westen“ begriffenen „wideropen frontier lands“ im südlichen Teil des Archipels mittels interner Kolonisierung (gezieltes Einschleusen von Siedlerströmen) und großangelegter Infrastrukturmaßnahmen „entwickelte“. General Leonard Wood, der zusammen mit dem damaligen Hauptmann John Pershing (beide übrigens berühmte „Indianerkiller“) um die Jahrhundertwende den militärischen Befriedungsfeldzug in den Südphilippinen organisierte, hatte dem Sultan von Sulu bereits 1904 Denkwürdiges mitzuteilen gewußt: „Ich will Ihnen gegenüber auf-

richtig sein. Im Augenblick zählen Ihre Rechte als Nation nichts. (...) Ich glaube, wir werden auf Dauer hier bleiben, es sei denn, ein mächtigeres Land vertreibt uns. Doch wir kennen kein Land, das dazu in der Lage wäre“. Verbunden mit dem kolonialen und neokolonialen Kalkül, die an Bodenschätzen überaus reichen Südsinseln (vor allem Mindanao) zu erschließen und in den Weltmarkt einzubinden, gerieten die Moros in einen bis heute anhaltenden Zangengriff. Mit weitreichenden Konsequenzen: Sie wurden zunehmend peripherisiert und durch die mächtige Allianz aus nordphilippinischen Großgrundbesitzern und transnationalen Konzernen pauperisiert. Hinzu kam, daß die von Manila geschürten religiösen und ethnischen Differenzen teilweise antagonistischen Charakter annahmen und eine programmatisch geschlossene, konsistente Opposition erschwerten. Vor diesem Hintergrund und angesichts des im Herbst 1972 über das ganze Land verhängten Kriegsrechts vermochte sich zwar in Gestalt der Moro National Liberation Front (MNLF) ein potentes Widerstandspotential zu formieren, das so lange seine relative Stärke demonstrierte wie auch die traditionellen muslimischen Eliten politisch ausgegrenzt und ökonomisch benachteiligt blieben.

Das Bild änderte sich, als Manila im Zuge der Waffenstillstandsverhandlungen, die im Dezember 1976 im Tripolis-Abkommen gipfelten, eine taktisch versierte Kooptationspolitik verfolgte. Traditionelle muslimische Führungspersönlichkeiten und ein nicht geringer Teil desillusionierter MNLF-Kommandeure konnten mit (begrenzter) politischer Macht und (unbegrenzten) finanziellen „Starthilfen“ aus dem Widerstandsblock herausgebrochen werden. Überdies wurde deutlich, welche Nachteile (Aufsplitterung der eigenen Kräfte bis hin zu wiederholten Organisationspaltungen) entstehen, wenn sich die Führungskader von Widerstandsbewegungen im Ausland aufhalten und auf diese Weise in die mißliche Lage geraten, dem außenpolitischen Kalkül der jeweiligen Gastländer größere Bedeutung beimessen zu müssen als den spezifischen Anforderungen des internen Kampfes. Hatten der Moro-Protest allgemein und der (bewaffnete) Widerstand der MNLF und anderer sich von ihr abgespaltener Gruppierungen im besonderen die Forderung nach Autonomie in den Vordergrund ihrer Emanzipationsbestrebungen gerückt, so hinderte sie das – vor allem in Phasen tatsächlicher oder vermeintlicher Stärke –



Islamische "pondok"-Schule in Südthailand: Wahrung traditioneller Strukturen

aus: Inside Asia, Juli-Aug. 1986

nicht daran, auf Separation/Sezession zu insistieren. Dies allerdings offenbarte letztinstanzlich mehr ihre politische Ohnmacht und Akzeptanz für militaristische Lösungen, als daß sie es vermochten, ihrem ursprünglichen Ziel politischer Selbstbestimmung und Wahrung kultureller Identität näherzukommen. Die Dynamik all dieser Faktoren kommt in dem Buch recht anschaulich zum Ausdruck, wobei allerdings ein differenziertes Herausarbeiten der von der Zentralregierung in Manila verfolgten Entwicklungsstrategie(n) und ihrer eigenen „Metamorphose“ wünschenswert gewesen wäre. Daß die „separatistischen Umtriebe“ der Moros erst in der Marcos-Ära aufbrachen, war ja kein Zufallsprodukt; unter seiner Ägide vollzog sich ein bis dato nicht gekannter Prozeß der Zentralisierung und Konzentration staatlicher Herrschaft und Militarisierung der Gesellschaft. Da sich in den Philippinen unter Corazon Aquino die „Zerfaserung“ – besser: Diffusion – staatlicher Herrschaft zu beschleunigen scheint, dürfte das Sezessionspostulat auf absehbare Zeit hinter dem nach wie vor virulenten Autonomiebestreben der Moros zurücktreten.

Wie im Süden der Philippinen ist auch in Südthailand ein seit Jahrzehnten starker muslimischer Widerstand endemisch geblieben. Doch damit

enden bereits mögliche Analogien. In den Südprovinzen Pattani, Yala, Narathiwat und Satul, vom Königreich Siam gewaltsam und durch die Anglo-Siamesischen Abkommen (1832 und 1909) de jure einverleibt, leben noch immer mehrheitlich Moslems malaiischer Herkunft, während sich die muslimische Bevölkerung in den Südphilippinen bereits seit Jahren gegenüber den (christlichen) Siedlern aus Luzon und den Visayas in der Minderheit befinden. Bis auf Satul, wo die muslimische Bevölkerung überwiegend Thai spricht, wird in Pattani, Yala und Narathiwat ein malaiischer Dialekt gesprochen, der dem im malaysischen Nachbarstaat Kelantan ähnelt. Vermochten mit der politischen Eingliederung dieser Provinzen in das Königreich thai-chinesische Kapitalisten (Händler und Besitzer von Kautschukplantagen) und buddhistische Thais die Wirtschaft bzw. die Bürokratie zu dominieren, so gelang es den „Thai Muslims“ in ungleich stärkerem Maße als beispielsweise den „Muslim Filipinos“ und nicht zuletzt aufgrund ihrer geographischen Nähe zu ihren „Verwandten“ im britischen Malaya bzw. unabhängigen Malaysia, die traditionellen Erziehungs- und (Aus-) Bildungseinrichtungen/-strukturen (z. B. die pondok-Schulen) zu wahren (218 ff.). Dies wiederum dürfte, wie Uthai Dulyakasem überzeugend argumentiert, für ein – zumindest par-

tielles – „organisches Hineinwachsen“ der Muslim-Malays in die Staatsbürokratie verantwortlich gewesen sein mit dem Resultat spürbar verminderter Konflikte zwischen ihnen und der Zentralregierung in Bangkok. Dieser Zustand dürfte anhalten, solange Bangkok die Bedingungen für eine „upward mobility“ intakt läßt und den seit Beginn der 80er Jahre konstatierbaren „soft approach“ gegenüber „terroristischen Gruppen“ beibehält. Andernfalls bestünde die Gefahr, daß die ideologisch unterschiedlich ausgerichteten Widerstandsgruppen der Muslim-Malays (u.a. die Pattani United Liberation Organisation, PULO) in der Schaffung eines unabhängigen Staates die einzige Garantie für ihre Unabhängigkeit erblicken. Doch eine solche Perspektive hätte so gut wie keine Erfolgsaussichten: Die zwischen Kuala Lumpur und Bangkok bestehenden Beziehungen sind als extrem freundschaftlich einzustufen. Als Mitglieder des südostasiatischen Staatenbundes ASEAN haben sie zudem ihre gemeinsamen nationalen Sicherheitsbelange seit Mitte der 70er Jahre derart aufeinander abgestimmt, daß das Thai-Malaysia General Border Committee vereinte militärische Operationen im Grenzgebiet koordiniert. Im Rahmen einer solchen engen konterrevolutionären Arbeitsteilung ist es der Communist Party of Malaya ebenso schwer möglich, auf thailändisches Gebiet auszuweichen, wie es im Gegenzug einer PULO schwergemacht würde, unbehelligt von malaysischem Territorium aus zu agieren (246 ff.).

Trotz der genannten (wohl mit jeder Auftragsforschung einhergehenden) Defizite und Schwächen bietet der Band den an der Region Interessierten einen informativen und faktenreichen Einstieg in das – sicherlich uns noch länger beschäftigende – Thema. Um dieses aber tiefer und umfassender zu durchdringen, wird es unablässig sein, nicht nur über die der Forschung unterworfenen „Subjekte“ zu schreiben, sondern auch und gerade im streitbaren Disput mit ihnen dauerhafte und den Emanzipationsbestrebungen der betroffenen Menschen entsprechende Lösungen zu finden.

Rainer Werning

